

Zusammenfassung der Wahlprogramme für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021

(wichtige Inhalte für die Branche)

Inhaltsverzeichnis

1. Wahlprogramm CDU/CSU (<i>in Regierungsbeteiligung</i>).....	2
2. Wahlprogramm AfD	4
3. Wahlprogramm Die Linke	5
4. Wahlprogramm SPD (<i>in Regierungsbeteiligung</i>).....	7
5. Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen (<i>in Regierungsbeteiligung</i>).....	9
6. Wahlprogramm FDP (<i>aktuell nicht im Landtag vertreten</i>).....	11

1. Wahlprogramm CDU/CSU (in Regierungsbeteiligung)

CO₂-arme Energieerzeugung

Das Landesenergiekonzept soll laut der CDU fortgeschrieben werden. Darüber hinaus sollen private Energiedienstleister gestärkt werden (vgl. S.11). Das Nebeneinander von EEG und Emissionshandel wollen die Christdemokraten beenden. Den Ausbau erneuerbarer Energien will die Partei weiter voranbringen. Folgend stellt die CDU aber klar, dass **auf Waldflächen keine Windenergieanlagen** angelegt werden sollten (vgl. S.67).

Straßen- und Schienenwege ausbauen

Die Christdemokraten möchten den **Autobahn- und Straßenbau** weiter voranbringen. Folgend setzen sie sich für die schnellstmögliche Fertigstellung der laufenden Autobahnvorhaben in Sachsen-Anhalt ein.

Auch der **Schieneverkehr** soll laut Partei **gestärkt und ausgebaut** werden. Für alle nicht elektrifizierten Strecken wollen die Christdemokraten eine Perspektive zur **Elektrifizierung** schaffen, um die Emissionsbelastung im Verkehr weiter zu reduzieren (vgl. S.46f.). Neben der Schiene sehen sie vor allem in **Wasserstraßen** viel Potenzial für eine Verkehrsverlagerung (vgl. S.48).

Moderne Land- und Forstwirtschaft

Die CDU möchte in Zukunft die Verantwortung der landwirtschaftlichen Betriebe im ländlichen Raum besonders für die Energiegewinnung aus **landwirtschaftlichen Rohstoffen** und den Klimaschutz wirtschaftlich und gesellschaftlich stärken (vgl. S.59). So hält die CDU in ihrem Wahlprogramm außerdem fest: *„Es ist unser ausdrückliches Anliegen, wieder die Verantwortung im für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Energie zuständigen Ministerium zu übernehmen, um den ländlichen Raum und der Landwirtschaft das nötige Gewicht zurückzugeben.“* (ebd.). Sie wollen außerdem die **Beratungsleistung** des Landes für die Land- und Forstwirtschaft erhöhen und ausbauen (vgl. S.60). Den Insekten- und Artenschutz will die Partei weiter mit einem **Vertragsnaturschutz** und auf Kooperationsbasis umsetzen. Denn Natur- und Artenschutz kann laut CDU nur in Zusammenarbeit mit der Land- und Forstwirtschaft umgesetzt werden (vgl. S.61). Sie plädieren außerdem für eine **Landesstrategie zur Wassernutzung**, die von allen Beteiligten, Industrie, Kommunen sowie Land- und Forstwirtschaft auf den Weg gebracht werden soll (vgl. ebd.).

Forstwirtschaft mit Augenmaß und Verstand

Wälder sind für die Partei **systemrelevant und multifunktionale Rohstofflieferanten**. Sie dienen außerdem als **Wirtschafts-, Erholungs- und Naturraum**. Auch für die Biodiversität haben sie eine besondere Bedeutung. Durch die Witterungsereignisse der letzten Jahre sehen sie die Waldeigentümer und die 2.300 klein- und mittelständische Unternehmen der Forstwirtschaft vor eine große **Herausforderung** gestellt (vgl. S.63). Die CDU vertritt die Ansicht, dass die Bewirtschaftung der Wälder unerlässlich ist, um sowohl die Multifunktionalität zu erhalten als auch Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu binden. Die Landesregierung sollte ausreichend und gut ausgebildetes **Personal** im Forst bereitstellen, um den Anforderungen einer nachhaltigen Bewirtschaftung nachzukommen und einen **standortgerechten Waldumbau** zu ermöglichen. Außerdem sollen erforderliche Anpassungsreaktionen auf den Klimawandel weiterhin zentral koordiniert sowie der für den Prämienerhalt notwendige **Holzeinschlag** nach Kalamitäten flexibilisiert werden. Der Erhalt, die Gründung, der Zusammenschluss und die Professionalisierung von Forstbetriebsgemeinschaften und forstlichen Vereinigungen soll von der CDU unterstützt werden. Den Klimawandel wollen sie im und mit dem Wald bewältigen, indem sie sich auf Bundesebene für eine wuchsbezogene **CO₂-Bindungsprämie** einsetzen. Laut Partei bindet nur Nutzwald zusätzliches CO₂ (vgl.

S.64). Der hohe Standard der Waldbewirtschaftung sollte fortlaufend nachhaltig gestärkt werden (vgl. S.65).

Wiederaufforstung mit Hilfen unterstützen

Die Partei will entsprechende **Sofortmittel** des Landes in Höhe von mind. 5 Millionen Euro im Jahr bereitstellen, um die Beräumung und die Wiederaufforstung der Wälder zu ermöglichen. Davon außerdem profitieren soll der **naturnahe und standortgerechte Waldvoranbau**, gerade auch im Privat- und Kommunalwald. **Standortheimische Arten** sind laut Partei bei der Aufforstung zu bevorzugen. Nur falls diese nicht mehr gedeihen sollten, kommt für die CDU eine verstärkte Förderung nichtheimischer klimaresilienter/robuster Baumarten wie z.B. der Robinie, Roteiche, Küstentanne oder Douglasie infrage (vgl. S.64). Außerdem will die Partei europäische Mittel und Bundesmittel für den Wald ausschöpfen, denn „*Waldumbau und Wiederaufforstung gelingt nur mit vereinter (finanzieller) Kraftanstrengung.*“ (ebd.). Die Partei will außerdem unter Berücksichtigung der Ökosystemleistung des Waldes die finanziellen Mittel des Bundes und der europäischen Union für den Wald einsetzen und ausschöpfen (vgl. ebd.).

Instabilen Holzmarkt stärken und Holzbau voranbringen

Die CDU will eine **ideologiefreie, nachhaltige und multifunktionale Waldbewirtschaftung** fördern. Diese beinhaltet vor allem eine personelle und finanzielle Hilfe bei der Aufarbeitung von Schadholz und der Stabilisierung des Holzmarktes. In Hinblick auf den instabilen Holzmarkt gilt es laut Partei Projekte zu diskutieren und das **Bauen mit Holz zu fördern** (vgl. S.64). Effizientes Bauen sollte nämlich laut Partei mit dem Klimaschutz in Einklang gebracht werden. Die öffentliche Hand muss demzufolge beim Gebäudebau, besonders mit Holz, Vorreiter sein (vgl. S.67). Außerdem wollen sie die **Recyclingquote** erhöhen und das Stoffmanagement verbessern (vgl. S.68).

Eigentum schützen und nachhaltige Nutzungsmöglichkeiten sicherstellen

Für die Christdemokraten ist das Eigentum an Grund und Boden für Land- und Forstwirte ein **wichtiges Wirtschaftsgut**. Neben der Stärkung der Position von Land- und Forstwirtschaft auf allen Ebenen der Verwaltung ist es laut Partei wichtig, vor allem die Schaffung eines **vertrauensbildenden Umgangs** mit Land- und Forstwirten sowie Grundeigentümern voranzutreiben. Besonderes Augenmerk legt die Partei auf den Erhalt von Eigentumsstrukturen vor allem im Kleinprivatwald wegen seiner Strukturnachteile in forstlichen Zusammenschlüssen. Diese sollten besonders gefördert und die Weiterbildung von Waldbauern unterstützt werden. Die Christdemokraten wollen auch die ökologische Leistung der Wälder fördern. Laut Partei bedarf es insoweit auch einer **Flurbereinigung** im Wald (vgl. S.64f.).

Maßnahmen und Prävention in Hinsicht des Klimawandels

Laut CDU sollten Maßnahmen für die **Prävention und Bekämpfung von Waldbränden** ergriffen werden. Neben der Beräumung des Waldes von Totholz sollten auch Brandschutzstreifen angelegt werden. Ein zukunftsgerichtetes **Brandschutzkonzept** muss in Angesicht des Klimawandels erarbeitet werden (vgl. S.65).

Weiterhin muss angesichts des sich wandelnden Klimas auch das Nationalparkgesetz geändert werden (Details dazu auf S.65). Änderungen müssen laut Partei auch im Waldgesetz vorgenommen werden.

Umwelt- und Klimaschutz mit Maß und Mitte

Laut Partei ist nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum nur gemeinsam mit Umwelt- und Klimaschutz sinnvoll. Daher setzen sie sich sowohl für ökologische als auch soziale

Marktwirtschaft ein. Es muss gewährleistet werden, dass **Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang** gebracht werden, ohne die **Versorgungssicherheit** zu gefährden. Die Christdemokraten setzen auf eine Umweltpolitik, die alle Verantwortungsträger und Beteiligten in einen konstruktiven Dialog integriert. Allerdings soll bei Maßnahmen des Naturschutzes zukünftig in jedem Fall tatsächlich geprüft werden, ob der Zweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann. Die Chancen der **Digitalisierung** müssen laut CDU ebenfalls in Hinblick auf den Klimawandel genutzt werden (vgl. S.66).

Arten erhalten

Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich für den **Erhalt der Artenvielfalt** ein und will das Wissen und Bewusstsein der Menschen erweitern und erhalten (vgl. S.68). Weiterhin sollen Nationalparks und **Biosphärenreservate als Schutzgebiete weiterentwickelt** werden. Das europäische Schutzgebietsystem Natura 2000 soll zügig und konsequent umgesetzt werden (vgl. S.69). Die Biodiversitätsstrategie zum Arten- und Biotopschutz sowie zum Schutz der genetischen Vielfalt ist außerdem weiterzuentwickeln (vgl. S.70).

Das Landeswahlprogramm finden Sie hier:

https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/regierungsprogramm_2021_cdulsa.pdf

2. Wahlprogramm AfD

Verkehrsinfrastruktur ausbauen, am Verbrennungsmotor festhalten

Die AfD will in die Infrastruktur des Landes investieren und diese weiterentwickeln. Den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wollen sie beschleunigen (vgl. S.37). **Stillgelegte Bahngleise** sollen an den Stellen, an denen es sinnvoll ist, wiederbelebt werden (vgl. S.38). Unter der Überschrift „*Der Verbrennungsmotor – eine deutsche Zukunftstechnologie!*“ beklagt die AfD die Folgen für die deutsche Bevölkerung, die mit der Einführung der EU-Abgasnorm 7 einher gehen könnten. In dieser Einführung sehen die das Aus für den Verbrennungsmotor und den Wegfall vieler Arbeitsplätze und Betriebe (vgl. S.39).

Naturschutz mit Augenmaß

Laut AfD sind die Naturschutzmaßnahmen in Sachsen-Anhalt oft verfehlt, unzureichend oder gehen am tatsächlichen Bedarf vorbei. Das Natura 2000 Netzwerk wollen sie überarbeiten und Bauern-, Forst- und Fischereiverbände einbeziehen. Eine solide **Notwendigkeitsanalyse** soll laut AfD erstellt werden. Des Weiteren plädiert die Partei dafür, Moore zu pflegen und zu erhalten (vgl. S.54). Sanfter und **naturnaher Tourismus** ist darüber hinaus zu fördern (vgl. S.55).

Energie: Ausstieg aus dem Kohleausstieg

Die Partei lehnt sogenannte „Mega-Stromtrassen“ ab (vgl. S.55). Des Weiteren fordern sie einen Ausstieg aus dem Kohleausstieg (vgl. S.51). Eine künstliche Verteuerung fossiler Energieträger lehnt die Partei ab. Da es sich dabei aber um endliche Ressourcen handelt, gilt es für sie, **Ersatzgrundstoffe für neue Energieformen** zu finden (vgl. 54).

Mehr Artenvielfalt im Wald

Die AfD sieht in Monokulturen angesichts der - laut Partei - **natürlichen Erderwärmung**, einen

empfindlichen Raum für Schädlingsbefall und weitere Schädigungen. Mischwälder ziehen sie Monokulturen vor. Die Alternative für Deutschland fordert mehr Unterstützung für die Forstwirtschaft in Sachsen-Anhalt, da sie Träger von Arbeitsplätzen, der Rohstoffproduktion und Bewahrer eines guten Klimas sind. Försterstellen dürfen nicht gestrichen werden. Im Gegenteil sind mehr Försterstellen einzurichten. Im Wald sehen sie auch ein identitätsstiftendes **Kulturgut**. Weiterhin wollen sie forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse fördern (vgl. S.56). Traditionelle Waldbauern wollen sie zukünftig unterstützen. Die AfD beklagt in ihrem Wahlprogramm, dass kleine und private Waldbesitzer die größte Last der verfehlten Waldpolitik tragen. Die Gewässerumlage soll in Zukunft nicht mehr von Waldbesitzern gezahlt werden. Sie wollen, dass Förderungen des Landes für kleine Waldbesitzer ohne Eigenanteil vom Land gefördert werden können (vgl. S.57).

Das Landeswahlprogramm finden Sie hier:

<https://cdn.afd.tools/sites/88/2021/03/05212442/ENDFASSUNG-Programm-LTW-2021.pdf>

3. Wahlprogramm Die Linke

Strukturwandel erfolgreich gestalten

Die Linken sehen große Herausforderungen bei der Umgestaltung der Wirtschaft. Die durch den Klimawandel erforderlichen **Transformationsprozesse** betreffen schließlich Kernbereiche. Betroffen sind beispielsweise die Energiewirtschaft oder auch die Autozulieferer sowie die Land- und Forstwirtschaft. Die Linken wollen die Mittel zur Bewältigung des Strukturwandels dazu nutzen, ein **Landesförderprogramm** „Klimaschutz in der Industrie“ aufzulegen (vgl. S.21). *„Dies wird Zuschüsse für Klimaschutzprojekte in kleinen und mittelständischen Betrieben umfassen sowie langfristige zinslose Kredite zur klimagerechten Umstellung von Produktionsverfahren.“* (ebd.).

Energiewende: sozial, ökologisch und vor Ort

Die Linke plädiert für eine **sozial ausgestaltete Energiewende** (vgl. S.24). Eine verantwortungsvolle Energiepolitik muss laut Partei den Umbau des Energiesystems mit dem Ziel des **vollständigen Ausstiegs** aus fossilen Brennstoffen vorantreiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist demnach unbedingt erforderlich, wenn die Klimaschutzziele erreicht werden sollen. In diesem Rahmen fordern sie mehr Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen (vgl. S.25).

Laut Partei kann Sachsen-Anhalt gerade im Bereich der **erneuerbaren Energien** neue Arbeitsplätze gewinnen, wenn die richtigen Weichen gestellt werden. Dabei muss auch der Strukturwandel für eine umfassende Mobilitätswende, die Nutzung der Solarenergie, den Ausbau der Windkraft unter **Berücksichtigung des Naturschutzes** und die **Reduzierung des Energieverbrauchs** in allen Lebensbereichen berücksichtigt werden. Außerdem dazu zählt die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe (vgl. S.22). Die Energieversorgung soll **dezentral und vernetzt** erfolgen (vgl. S.26).

Auch wichtig ist für die Linken, dass der Energieverbrauch im Allgemeinen verringert wird, um den Ausstoß von CO₂ zu reduzieren. Dafür sollen zukünftig Anreize im produzierenden Gewerbe geschaffen werden. **Fördermittel** sind dabei besonders wichtig. Damit zusammen hängt auch die energetische Sanierung von Gebäuden (vgl. S.27).

In der **Digitalisierung** sieht die Partei große Chancen in Hinblick auf Energie- und Ressourceneinsparung. Sie besitzt laut Partei einen wichtigen Stellenwert bei der Bewältigung des Klimawandels (vgl. S.37).

Klimaschutz: CO₂-Ausstoß reduzieren

Die Partei hält in ihrem Wahlprogramm fest, dass die Folgen des Klimawandels auch regional in Sachsen-Anhalt unübersehbar und bedrohlich sind. Die Bewegung Fridays For Future unterstützen sie mit der Hoffnung auf eine neue Klimapolitik. In Sachsen-Anhalt wollen die Linken ein Klimagesetz auf den Weg bringen, in dem klare Ziele und zugehörige Maßnahmen zu Reduktion von CO₂ in den Sektoren Energiewirtschaft, Wirtschaft, Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr verbindlich festgeschrieben werden sollen. So sollen alle Potenziale des Landes angehoben werden, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Des Weiteren soll ein **Nachhaltigkeitsbeirat** einberufen werden, der die Auswirkungen politischer Entscheidungen und staatliches Handeln prüft (vgl. S.27).

Verkehr und Infrastruktur ausbauen

Die Linken fordern eine Verkehrswende. Diese stellt für sie ein Hauptpfeiler in Bezug auf die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes dar. Die **Mobilitätswende** muss aber laut Partei sozial und für jede/n akzeptabel gestaltet werden. Der Verlagerung des Verkehrs auf die **Schiene** messen sie eine große Bedeutung zu. Das Schienennetz muss laut Partei massiv ausgebaut werden, was nebenbei auch viele Arbeitsplätze schafft. Der regionale **LKW-Verkehr** soll auf die Schiene verlagert und der Transport zu regionalen Umschlagszentren ermöglicht werden. Von dort sollen dann kleinere, CO₂-neutrale Transporter die Waren vor Ort transportieren. **E-Mobilität** erachten sie als eine notwendige Brückentechnologie. Eine zügige Elektrifizierung ist dabei laut Partei ein wichtiger Baustein innerhalb der Verkehrswende, um die Klimaziele zu erreichen. **Ladeinfrastruktur** muss besonders im Osten Deutschlands weiter ausgebaut werden (vgl. S.28). Die pure **Bepreisung von CO₂** ist für die Linken zu kurz gedacht und viel zu einseitig. Handel und Produzenten müssten demnach viel mehr in die Verantwortung genommen werden (vgl. S.29). Neubau von Autobahnen lehnen sie ab (vgl. S.54).

Natur- und Artenschutz verbessern

Die Partei identifiziert den Rückgang der Tier- und Pflanzenarten weltweit als sehr bedrohlich. **Naturschutzbehörden** sollten finanziell und personell in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben umfassend zu erfüllen. **Naturparks** will die Partei stärker unterstützen und die umweltpädagogischen Angebote ausweiten. **Gebietsfremde Tier- und Pflanzenarten** sollten laut Partei mit mehr staatlichem Geld bekämpft werden, wenn sie einheimische Arten bedrohen. Ursachen des **Insektensterbens** sind konsequent zu bekämpfen, wozu laut Partei eine deutliche Reduzierung des **Pestizideinsatzes** notwendig ist. Unabdingbar ist auch eine Wiedergewinnung von Lebensräumen für bedrohte Tier- und Pflanzenarten. Besonders geschützt werden müssen Moore. Für die Linken haben **Biotopverbünde** eine wichtige ökologische Funktion (vgl. S.30). Mit dem Grünen Band soll der bereits bestehende große Biotopverbund weiter ausgebaut werden (vgl. S.31).

Land und Forstwirtschaft

Die Partei strebt zukünftig eine **umweltgerechte Bewirtschaftung** der Flächen in Sachsen-Anhalt an (vgl. S.31). Den Einsatz von Pestiziden wollen sie Zurückdrängen (vgl. S.32). Die Partei erkennt in ihrem Wahlprogramm die Bedrohung des Waldes an und will diesen **standortgerecht wieder aufforsten**. Sie sprechen sich gegen Monokulturen aus und für **naturnahe Mischwälder**, die sich den verändernden Klimabedingungen anpassen (vgl. S.34). Die Linken fordern außerdem, das Waldbesitzer/innen und Forstbetriebe die Schadholzmengen zügig beseitigen können. In diesem Zusammenhang weisen sie darauf hin, dass viele Unternehmen wegen niedriger Holzpreise nicht in der Lage dazu sind. Die bestehende Förderpraxis soll zur Wiederaufforstung **vereinfacht und entbürokratisiert**

werden. Besser unterstützt werden müssen zukünftig Kleinprivatwaldbesitzer/innen und forstliche Zusammenschlüsse wie Forstbetriebsgemeinschaften (vgl. S.35).

Nachhaltige Holznutzung

Die Partei identifiziert Holz als **wichtiges Baumaterial** sowie als **Rohstoff für innovative Technologien** mit viel Potenzial. Eine **Holzbauquote** erachten sie sowohl wirtschaftlich und ökologisch als sinnvoll. Den Verkauf von Waldflächen aus öffentlichem Besitz wollen sie stoppen und empfinden öffentliche Waldflächen als unverzichtbar für das **Gemeinwohl**. Wald darf nicht als reine Kapitalanlage missbraucht werden. Außerdem tritt die Partei für eine schrittweise Ausdehnung der Flächen ein, die nach den Maßstäben der **Zertifizierungsorganisationen** bewirtschaftet werden. Den Anteil der Waldflächen wollen sie weiter ausbauen sowie zur natürlichen Entwicklung Flächen aus der **kommerziellen Waldbewirtschaftung herausnehmen**. Der Stiftung Natur-, Umwelt- und Klimaschutz (SUNK) messen sie eine besondere Bedeutung zu (vgl. S.35).

Das Landeswahlprogramm finden Sie hier:

https://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/fileadmin/aaa_download/Isa/Landtagswahl_2021/Wahlprogramm/753310_LINKE-SXA_LTW21_LWP_A5_210419a.pdf

4. Wahlprogramm SPD (in Regierungsbeteiligung)

Mobilität fair und klimafreundlich gestalten

Die SPD in Sachsen-Anhalt spricht sich dafür aus, **klimafreundliche Mobilität** für alle Regionen möglich zu machen. Der Klimawandel, so die Partei, bedrohe nicht nur den Planeten, sondern damit auch die Zukunft und den Wohlstand (vgl. S.5). Des Weiteren setzt sich die Partei für **klimafreundliche Antriebe** ein und bemängelt, dass die beispielsweise gegenwärtige **Ladeinfrastruktur** nur gering ausgebaut ist (vgl. S.63). Mobilität soll für alle **bezahlbar, verfügbar und ökologisch nachhaltig** sein (vgl. S.82). Flächendeckenden Bahnverkehr erachtet die Partei als äußerst wichtig und will von zukünftigen **Bahnstreckenstilllegungen** absehen. Eine **Reaktivierung** alter Bahnstrecken muss geprüft werden (vgl. S.83).

Nachhaltig und ressourcenschonend Wirtschaften

Die Sozialdemokraten setzen sich außerdem als Ziel, eine **nachhaltige und verantwortlich wirtschaftende Industriegesellschaft** zu gestalten. Die Partei will den Fokus auf die Schaffung geschlossener Stoffkreisläufe legen. Die Herstellung **klimaneutraler Produkte** und die **Digitalisierung** sollen Investitionsschwerpunkte werden (vgl. S.9). Klimaneutrale Produktionsprozesse sind der Partei in ihrem Wahlprogramm ein besonderes Anliegen. Diese würden Deutschland zukunfts- und wettbewerbsfähig machen (vgl. S.63). Ausdrücklich lehnt die Partei allerdings Windkraft im Wald ab (vgl. S.64).

Umweltschutz in Land- und Forstwirtschaft

Der **Erhalt der Artenvielfalt** in Flora und Fauna ist den Sozialdemokraten ein besonderes Anliegen. Ebenso der Klimaschutz. Dafür braucht es laut Partei eine **nachhaltige Landnutzung**, die den Klima- und Umweltschutz berücksichtigt und im europäischen Konsens entwickelt wird. Hierzu sind laut SPD beispielsweise in der Gemeinsamen Agrarpolitik Reformen notwendig (vgl. S.19). „*Eingriffe in die Natur sollen vor allem durch qualitativ*

hochwertige, produktionsintegrierte, agrarflächenschonende Maßnahmen ausgeglichen werden“ (S.20).

Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer sollen laut SPD in Zukunft eine entsprechende **finanzielle Unterstützung** erhalten, da sie in ihren Wäldern Gutes für die Umwelt und gleichzeitig für die Gesellschaft tun. Finanzielle Anreize sollen dabei helfen, gestiegene gesellschaftliche Anforderungen an Wälder und die Nutzung derer besser abzugelten. Diese Maßnahmen sollen dazu führen, dass der Erhalt langfristig gesichert werden kann. In diesem Zusammenhang spricht sich die Partei dafür aus, **Ökosystemleistungen** des Waldes künftig stärker anzuerkennen und zu **vergüten**. Als Ökosystemleistungen des Waldes identifiziert die Partei folgende: **Holzproduktion**, Arten- und Biotopschutz, Sauerstoffproduktion, Klimaschutz, Lärmschutz, Erosionsschutz, Küsten- und Hochwasserschutz, Trinkwasserschutz, den Naherholungswert und das Speichern von CO₂. Der Wert für die Anerkennung muss auf wissenschaftlicher Grundlage ermittelt werden. Eine breite öffentliche Diskussion über eine angemessene Honorierung dieser Ökosystemleistungen soll noch stattfinden (vgl. S.21).

Die SPD spricht sich außerdem dafür aus, ein Programm für Investitionen in die Technik der Katastrophenschutzbehörden zu entwickeln, um dem zunehmenden Klimawandel und den damit zusammenhängenden Gefahren (Waldbrände, Dürren usw.) besser gewappnet zu sein (vgl. S.58).

Energie und Klimaschutz

Die SPD Sachsen-Anhalt bekennt sich zu den Klimaschutzzielen von Paris und weist auf ein **notwendiges Umdenken** und Umstellen gewohnter Abläufe hin. So soll **Nachhaltigkeit** als Lebensqualität für alle Generationen entdeckt und gelebt werden. Der Umstieg auf **klimaneutrale Energieversorgung** ist dabei essenziell. Der Anteil der erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung soll sich dabei nicht rückläufig entwickeln. Für die Partei steht **regionale und dezentrale** Energieversorgung im Mittelpunkt. Kommunen sollen zugunsten der umweltfreundlichen Energieversorgung wirtschaftlich tätig sein.

Klimaschutz soll laut Partei zur Pflichtaufgabe in Kommunen werden. Dafür soll in Sachsen-Anhalt ein **Klimaschutzgesetz** angeschoben werden. Dadurch sollen wichtige Investitionen und Weichenstellungen in Energieeffizienz, Ressourcenschonung, für erneuerbare Energien und aktiven Klimaschutz gestellt werden (vgl. S.62).

Artenvielfalt erhalten

Die Sozialdemokraten stehen in ihrem Wahlprogramm für die Bewahrung der vielfältigen und wertvollen Landschaften, die geschützt werden müssen. Heimische Pflanzen- und Tierbestände sollten laut Partei geschützt und Lebensräume, die bedroht oder zerstört wurden, wiederhergestellt und gesichert werden. Die Partei möchte in diesem Zusammenhang ein **ökologisches Flächenmanagement** etablieren, welches die Aufforstung, Renaturierung und Rekultivierung von industriell und für den Bau genutzte Flächen betreibt. Ziel ist dabei die Rückkehr zu vielen intakten Ökosystemen. Damit zusammen hängen die Umsetzung von Biotopverbänden, Schutz der urbanen Lebensräume und weitere Maßnahmen, die ein Artensterben verhindern. Besonders wichtig ist eine **insektenverträgliche Landbewirtschaftung**. Das Biodiversitätskonzept soll weiter umgesetzt und konkretisiert werden (vgl. S.64). Das Netz Natura 2000 hat Sachsen-Anhalt ausgewiesen. Unter der SPD soll das Land weitere Maßnahmen sowie dessen Umsetzung weiter vorantreiben. Auch der Lückenschluss des „Grünen Bandes“ soll weiter gefördert werden. Unterstützt werden soll mit Regierungsbeteiligung der SPD außerdem die Schaffung und Vernetzung von **Biotopverbundsystemen** (vgl. 65).

Nachhaltiger Bauen

Neue Flächenversiegelungen, die zum Verlust an landwirtschaftlichen Flächen führen, gilt es laut SPD zu vermeiden (vgl. S.20). Klimaanpassung sieht die Partei als unbedingt notwendig an. Deshalb sollen mehr **Grünflächen, Fassaden- und Dachbegrünungen** möglich gemacht werden (vgl. S.64).

Das Landeswahlprogramm finden Sie hier:

https://spd-sachsen-anhalt.de/files/aktuell/2020/wp2021-entwurf_2020-07.pdf

5. Wahlprogramm Bündnis 90/Die Grünen *(in Regierungsbeteiligung)*

Klimaschutz als Leitlinie politischer Entscheidungen

Die Grünen identifizieren die Klimakrise und das Artensterben als größte globale Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Laut Grünen muss spätestens **2035** die **Treibhausgasneutralität** erreicht sein. Alle politischen Entscheidungen sollten unter **Klimaauswirkungsvorbehalt** stehen (vgl. S.5). Die Partei unterstützt aber auch Maßnahmen und Strategien, die bereits früher zu klimaneutralem Wirtschaften führt. Um dies zu erreichen, ist eine Verbindlichkeit unbedingt notwendig. Deshalb befürwortet die Partei ein **Klimaschutzgesetz** für Sachsen-Anhalt. Das bereits auf den Weg gebrachte Klima- und Energiekonzept mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen wollen sie fortschreiben und durch weitere Maßnahmen ergänzen. Die Einhaltung der Klimaschutzziele soll künftig außerdem überwacht werden, weshalb zweimal in der Legislaturperiode ein **Klimabericht** über die Entwicklung der Treibhausgasemissionen nach Sektoren und eine Evaluation der Maßnahmen des Konzeptes vorgelegt werden soll. Für die Landesverwaltung fordern sie außerdem einen wirksamen **CO₂-Schattenpreis** (vgl. S.6). Folgend hält die Partei fest: „*Alle politischen Entscheidungen, Maßnahmen und Landesinvestitionen haben sich verbindlich an den Zielen des Klimaschutzes zu orientieren*“ (ebd.). Unterstützen wollen sie hinsichtlich des Klimaschutzes auch die kommunale Ebene. Landkreise und kreisfreie Städte müssen ebenfalls verbindliche Klimaschutzpläne erstellen, die mindestens ein kommunales Energiemanagementsystem und eine kommunale Wärmeplanung enthält (vgl. S.7).

Erneuerbare Energien ausbauen

Die Grünen setzen auf Investitionen in erneuerbare Energien (vgl. S.6). Die **Energiewende** ist laut Grünen unabdingbar, wenn Klimaschutzziele erreicht werden sollen. Sie unterstützen die **Bepreisung von CO₂-Emissionen**, damit die Kosten der fossilen Energienutzung mit ihren schädlichen Umweltauswirkungen im Wettbewerb mit sauberen erneuerbaren Energien fair berücksichtigt werden (vgl. S.7). Allerdings sieht die Partei in der **Vermeidung von unnötigem Energieverbrauch** die effizienteste Klimaschutzmaßnahme. Die Senkung ist also eine wichtige Säule der Energiewende sowie eine **dezentrale Energieversorgung und -erzeugung** (vgl. S.8). Regenerative Energie wie Windenergie, Photovoltaik, Bioenergie und solarthermische Großanlagen wollen sie deutlich ausbauen. Zudem setzen sie auf **Repowering** und die Erneuerung bestehender Windkraftanlagen (vgl. S.9).

Waldflächen für Windenergieausbau

Den bestehenden Interessenskonflikt zwischen Naturschutz und Windenergieausbau nimmt die Partei ernst (vgl. S.9). Um mehr Windenergie zu gewinnen, braucht es laut Grünen mehr Flächen für die Windkraft. Daher wollen sie im Landesentwicklungsgesetz das Ziel verankern, dass mindestens **zwei Prozent** der Landesfläche als **Windvorrangs- oder**

Eignungsgebiete in den regionalen Entwicklungsplänen ausgewiesen werden. Naturschutzfachlich wertvolle Waldflächen sind für die Grünen dabei tabu. Allerdings sollten für Wälder ohne Schutzstatus die **Einrichtung von Windenergieanlagen** nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Infrage kommen könnten dafür besonders **artenarme und gleichförmige Nadelholzmonokulturen** (Kiefer- oder Fichtenwälder) und durch den Klimawandel **geschädigte Flächen**. Eine vom Landesamt für Umweltschutz erstellte **Positivliste** soll die Standorte angeben, damit es nicht zu Konflikten mit Arten- und Naturschutz kommt (vgl. S.10). Außerdem soll Bioenergie noch ökologischer werden. So soll Biomasse zur Stromerzeugung laut Grünen ohne Monokulturen erfolgen und muss in Einklang mit dem Arten- und Naturschutz stehen (vgl. S.12).

Wälder erhalten und Waldumbau vorantreiben

Die Grünen identifizieren die Wälder als zentral für den Umwelt- und Klimaschutz. Den bisherigen Umbau von Monokulturen hin zu **naturnahen klimastabilen Mischwäldern mit einheimischen Gehölzen aus regionaler Herkunft** wollen sie weiterverfolgen. Waldbesitzer wollen sie bei der langfristigen Umwandlung ihrer Wälder begleiten und dafür **finanzielle Mittel** bereitstellen sowie Beratung anbieten und mit Forschung unterstützen. Die Arbeit des Landesforstbetriebes soll sich weiterhin an Klimaschutz und Artenreichtum orientieren und die Reviere schrittweise verkleinert und FSC-zertifiziert, der Aufbau von Waldrändern verstetigt und möglichst **bodenschonende Bearbeitungsmethoden** eingeführt werden (vgl. S.16).

Natur- und Umweltschutz

Weiterhin sollen **Biosphärenreservate** sowohl personell als auch finanziell gestärkt werden (vgl. S.17). Die Grünen setzen sich außerdem für weitere Biotopverbünde ein, damit jeder einzelne Lebensraum von Tieren und Pflanzen aufgewertet wird. Zielführend ist laut Partei ein sachsen-anhaltisches Netz von **Wildnisflächen** als Refugium bedrohter Arten und Lebensräume. Sie wollen außerdem mehr landeseigene Flächen für den Biotopverbund einsetzen und Biotopflächen durch das Land weiter ausbauen. Des Weiteren sollen die Natura 2000-Gebiete dem Arten- und Biotopschutz dienen (vgl. S. 19). Im Pestizideinsatz sehen die Grünen einen der größten Verursacher des Biodiversitätsverlustes, der auch in Naturschutzgebiete hineinreicht. Bis **2025** wollen sie einen **Herbizidausstieg** und bis **2030** den **Pestizidausstieg** (vgl. S.30).

Im weiteren Verlauf des Wahlprogramms stellen die Grünen klar, dass die **Abfallvermeidung oberste Priorität** hat. Die regionale Kreislaufwirtschaft wollen sie stärken. Außerdem sollen **Vermeidungs- und Recyclingquoten** festgelegt werden (vgl. S.24).

Bodenschutzkonzept erstellen

Laut Grünen gefährden Flächenversiegelungen, Flächenverbrauch, Erosion und Verschmutzung die Böden und zerstören sie dauerhaft. Deshalb sollten die Böden bei der Umweltplanung stärkere Berücksichtigung finden. Die Grünen plädieren deshalb für einen **Bodenschutzplan**. Sie wollen den **Flächenverbrauch** im Allgemeinen und den Verbrauch natürlicher Böden **drastisch reduzieren** (vgl. S.23).

Jagdgesetz weiter anpassen

Laut Grünen muss sich die Jagd an **ökologischen Prinzipien** orientieren. Ziel muss sein, eine effektive Begrenzung der Populationsdichten von Schwarz-, Reh-, Dam- und Rotwild zu erreichen. So sollen Fraßschäden verringert und eine **natürliche Erneuerung** des Waldes ermöglicht werden. Dabei soll die **Zahl der jagdbaren Arten** deutlich reduziert werden (vgl. S.25).

Potenziale der Digitalisierung nutzen

Die Digitalisierung bietet laut Grünen das **Potenzial die Nachhaltigkeit** weiter voranzutreiben. Ressourcensparende und klimaschonende **Technologien** können für die Land- und Forstwirtschaft viele Vorteile mit sich bringen (vgl. S.45). Die Nachhaltigkeitsstrategie sowie das Klima- und Energiekonzept des Landes wollen sie stärker mit der digitalen Agenda und den ressortspezifischen Digitalstrategien verzahnen (vgl. S.46).

Klimafreundliche und nachhaltige Mobilität

Die Grünen treten für klimafreundliche Mobilität ein. Dafür ist die **Abkehr vom Verbrennungsmotor** unabdingbar. Eine Mobilitätswende ist die Folge (vgl. S.47). Stillgelegte Bahnstrecken sollen **reaktiviert** werden. Verkehr soll von der Straße auf die Schiene umgeleitet werden, ohne neue Trassen schaffen zu müssen (vgl. S.57). Die Grünen setzen sich dafür ein, mehr Eisenbahnstrecken zu **elektrifizieren**. Das Ziel der Partei ist es, bis 2032 aus dem Dieselbetrieb von Zügen auszusteigen. Weiterhin setzt die Partei auf den Erhalt und die Pflege bestehender Straßen statt auf Neubau (vgl. S.58f.). Weiter wollen sie **Elektromobilität und die Infrastruktur** dafür gezielt fördern (vgl. S.60).

Der **Güterverkehr** gehört laut Partei auf die Schiene. Um Unternehmen den Umstieg von der Straße auf die Schiene zu erleichtern, sollen mehr Gewerbegebiete an das Schienennetz angeschlossen werden und Nebenbahnen für den Güterverkehr nutzbar gemacht werden. Unternehmensanschlüsse an das Schienennetz und Flächenbereitstellungen für Umschlagknoten im Güterverkehr sollen gefördert werden. Bahnstrecken müssen **modernisiert** und elektrifiziert werden. Um die Schiene attraktiver zu machen, setzen sich die Grünen bundesweit für die **Ausweitung der LKW-Maut** auf allen Straßen ein. Explizit reaktiviert werden sollen die Strecken Wittenberge-Lüneburg und Magdeburg-Barby-Dessau (vgl. S.61).

Ökologisch und ressourcenschonend bauen

Laut Partei kann die Energiewende nur gelingen, wenn auch das Bauen einen entscheidenden Beitrag dazu leistet. Nicht nur der Energieverbrauch muss reduziert werden. Ressourcenschonendes Bauen heißt für die Grünen dem **Erhalt Vorrang vor dem Neubau** zu geben und **nachwachsende Rohstoffe** zu verwenden. Die **Recyclebarkeit** von Baustoffen und Bauteilen muss außerdem sichergestellt werden. **Bauen mit Holz**, Lehm oder Stroh soll erleichtert werden. Insbesondere beim Holz sollen weitere Änderungen folgen. Das Land soll außerdem bei Neubauten vermehrt nachwachsende Baustoffe verwenden (vgl. S.79).

Das Landeswahlprogramm finden Sie hier:

<https://www.gruene-lsa.de/wp-content/uploads/2021/05/2021-04-29-GRUENE-LSA-Landtagswahlprogramm-2021-FINAL.pdf>

6. Wahlprogramm FDP *(aktuell nicht im Landtag vertreten)*

Strukturschwache Regionen stärken

In Bezug auf die Umwandlung von strukturschwachen Gebieten in „Chancenregionen“ sind die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt dazu bereit, **Umweltstandards örtlich abzuschwächen** oder ganz auszusetzen. Diese Maßnahme soll dazu dienen, dauerhaftes, nachhaltiges und konkurrenzfähiges **Wirtschaftswachstum** in strukturschwachen Regionen aufzubauen. Solche Maßnahmen sollten laut Partei aber nur für einen begrenzten Zeitraum gelten (vgl. S.10f.).

Stadt und Land

Die FDP sieht einen Konflikt zwischen Stadt und Land. Dabei geht es beispielsweise darum, dass der ländliche Raum und die Land- und Forstwirtschaft von Forderungen der Stadtbevölkerung bevormundet werden, wenn es um Umwelt- und Klimaschutz geht. Exemplarisch dafür stehen **Windkraftanlagen**. In Städten werden sie als wertvoller Baustein zum Klimaschutz gesehen, während sie laut FDP auf dem Land als Einschränkung der Lebensqualität wahrgenommen werden. Klima-, Arten- und Naturschutz können mit einer **modernen Landwirtschaft** gelingen. Doch funktioniert dies nur, wenn die Preise dafür in die Produkte einfließen und alle beteiligten Akteure zusammenarbeiten (vgl. S.36).

Ökologie und Ökonomie zusammen denken

Die FDP will **Umwelt und Wirtschaft zusammenbringen** und die Zukunft der nachhaltigen Forstwirtschaft mit ihren vielen Funktionen für Wirtschaft, Ökologie und Naherholung sichern. Sie treten für die **flächendeckende Bewirtschaftung** von Wäldern außerhalb von Nationalparks ein. Weiterhin wollen sie forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse auf Landkreisebene gründen. So sollen Wettbewerbsnachteile für Privatwaldbesitzer beseitigt werden (vgl. S.39).

Potenziale der Gentechnik nutzen

Angesichts des Klimawandels ist die FDP zu einem **offenen und transparenten Umgang** mit **neuen Züchtungstechniken** des Genome-Editing bereit. Diese Techniken erlauben präzise, zeit- und kostensparende Änderungen im Erbgut einer Nutzpflanze, die von natürlichen Mutationen nicht zu unterscheiden sind. Die Partei setzt sich für eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken ein und strebt dementsprechend eine **Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts** an. Zukünftig, so die Partei, brauche es widerstandsfähige, klimaresiliente und ertragsstarke Nutzpflanzen, um Ressourcen zu schonen. Folgend merken sie außerdem an, dass die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln nicht für agrar- oder forstpolitische Ziele instrumentalisiert werden darf (vgl. S.40).

Nachhaltiger Waldumbau

Die Freien Demokraten plädieren dafür, den Wald zusammen mit seinem **Wildbestand** als Ökosystem zu begreifen und von scheinbar einfachen Lösungen abzusehen. Statt Wildbestände pauschal zu senken muss mit **Fachleuten** darüber beraten werden, welche Maßnahmen sinnvoll sind, um zu **klimaresilienten Waldbeständen** zu gelangen. Grundsätzlich gilt es jedoch, die Rechte des Jagdtausübungsberechtigten zu achten, der die Entscheidung vor Ort treffen muss. Auf fachkompetentes Personal sollte auch in Krisenzeiten gesetzt werden. Die FDP unterstützt beispielsweise das Einrichten einer **Task-Force**, die in Krisensituationen eingerichtet werden soll, in der jeweils anlassbezogen Landwirte und Waldbesitzer aller Besitzarten vertreten sein sollen (vgl. S. 41).

Hinsichtlich des zukunftsfähigen Waldumbaus wollen die Freien Demokraten Sachsen-Anhalt den Waldeigentümern größtmögliche **Freiheit bei der Auswahl anzupflanzender Baumarten** in Wäldern geben. Sind Arten nicht invasiv, soll die Standorteignung das entscheidende Kriterium sein. Ein aktueller Überblick zur Waldentwicklung soll durch ein engmaschiges **Waldmonitoring** gelingen. Außerdem muss laut Partei der Brandschutz für Wälder deutlich verbessert werden. Die CO₂-Speicherung der Wälder soll künftig durch die Förderung des **Einsatzes von Holz** in langlebigen Nutzungsformen, etwa beim Bau oder in der Möbelindustrie, bestmöglich ausgenutzt werden (vgl. ebd.).

Energieträger Holz nutzen

Laut FDP liegt besonders in waldreichen Gebieten die Nutzung des heimischen Holzes zur Energiegewinnung mit dem nachwachsenden Rohstoff auf der Hand. Die Nutzung von Holz bietet den Vorteil, **Wertschöpfungsketten vor Ort** zu generieren. Kommunale Energieversorgung bietet außerdem privaten Waldbesitzern, deren betriebliche Größe nicht ausreicht, um ihr Holz überregional zu vermarkten, einen langfristigen Zugang zum Markt. Weiterhin könnte die Kommune aus den zu versteuernden Gewinnen der Zulieferer vor Ort profitieren und schafft gleichzeitig Arbeitsplätze (vgl. S.41f.).

Effektive CO₂-Einsparungen durch zusätzlichen Wald

Die Klima- und Energiepolitik soll laut FDP nicht zu einer **Verbotspolitik** werden. Von neuen **Vorschriften, Subventionen und Zwangsabgaben soll abgesehen** werden. Stattdessen sollten laut FDP **marktwirtschaftliche Anreize der Schlüssel** sein. CO₂ sollte mit zusätzlichen Waldflächen im In- und Ausland ökologisch wirkungsvoll und kostengünstig verringert werden. Dafür sind zusätzliche **Aufforstungen und Baumpflanzungen** als Option einer Treibhausgaskompensation in das CO₂-Emissionshandelssystem und das nationale CO₂-Abgabensystem aufzunehmen. Zu zahlende Abgaben sollen dann in konkrete Aufforstungen im In- und Ausland fließen (vgl. S.42). Laut Partei sollte der entstehende Abfall so weit wie möglich minimiert werden und Stoffe **recycelt** werden (vgl. S.44).

Waldgebiete von der Gebührenpflicht für die Gewässerunterhaltung befreien

Die FDP fordert eine Änderung des Landeswassergesetzes, durch die für Waldgebiete die Pflicht zur Unterhaltung von Gräben entfallen soll. Dies stärkt laut Partei den Erhalt der Wälder als natürliche Wasserspeicher und **entlastet** den Waldbesitzer finanziell (vgl. S.45).

Dynamischer Artenschutz

Die Schutzzwecke von Vereinbarungen auf Bundesebene oder auch auf europäischer Ebene will die FDP erreichen, dazu aber jeweils vor Ort die **mildesten Mittel anwenden** und das Gebot der **Verhältnismäßigkeit** berücksichtigen. Bei der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) setzen sie sich für eine Dynamisierung der Schutzkategorien ein (vgl. S.46).

Mobilität und attraktiver Schienenverkehr

Laut der FDP kann der Wunsch zwischen Mobilität und ökologischen Zielen nicht mit Verboten und Beschränkungen, sondern muss mit **intelligenten technischen Entwicklungen** gelöst werden. Staatliche und private Investitionen in vorhandene und neue Strukturen seien dabei unabdingbar (vgl. S.47). Weiterhin besteht die Partei auf ein gut **ausgebautes Straßennetz**, da diese auch benötigt werden, wenn sich andere Antriebsarten manifestieren (vgl. S.49). Die Partei setzt sich im Laufe ihres Wahlprogramms auch für die **Reaktivierung stillgelegter Strecken** ein. Nebenstrecken sollten erhalten und das **Schiennetz** gut ausgebaut werden (vgl. S.50).

Das Landeswahlprogramm finden Sie hier:

<https://fdp-lsa.de/ltw21.pdf>